

Gemeinderat Christoph Hötzl
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 20.01.2016

Betreff: Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz - Videos von Stadtsenatsreferenten
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Richtlinien der Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Stadt Graz gelten als die mitunter strengsten in ganz Österreich. Mehrmals wurde von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit darauf hingewiesen, dass bei simplen Einladungskarten zum Mobilitätsfest oder auch Videos zu dieser tollen Veranstaltung kein Bild vom zuständigen Stadtrat Mario Eustacchio aufscheinen darf. Auch in der Stadtzeitung „Bürger Information Graz“ ist man seit Jahren darauf bedacht, Politiker trotz ihrer Verantwortung möglichst selten in Szene zu setzen. Nachdem es den Bürgern der Stadt Graz vor allem um Information und Kontaktmöglichkeiten geht, ist diese gelebte Praxis durchaus in unserem Sinne, wohlwissentlich, dass Sie als Stadtoberhaupt hin und wieder öfter vorkommen, als andere Regierungsmitglieder.

Wirklich erstaunlich ist jedoch die Tatsache, dass trotz dieser strengen Richtlinien, trotz Verbots jedweder Parteienwerbung, trotz der Tatsache, dass in Zeitungen und anderen Medien der Stadt Graz ausschließlich Inhalte den Wirkungsbereich des Stadtsenatsreferenten betreffend erscheinen dürfen, just auf der Homepage der Stadt Graz auf Facebook vor einer Woche ein Video von Ihnen als Bürgermeister veröffentlicht wurde, dessen Inhalt in keiner Weise mit Ihrer Funktion als Bürgermeister in Verbindung steht, sondern in dem Sie die Asylpolitik der Bundesregierung kritisieren. Dieses Video wurde mehrfach geteilt und in weiterer Folge auch in Zeitungen darauf Bezug genommen.

Da Sie in diesem Video nahezu ausschließlich zu Entwicklungen Stellung beziehen, die nichts mit dem Wirkungsbereich der Stadt Graz zu tun haben, wäre es angemessen gewesen, ein solches Video als ÖVP-Graz zu erstellen, nicht aber mit Ressourcen des Magistrats. Über den Inhalt des Videos kann man politisch diskutieren, doch die Tatsache, dass in einem offiziellen Video der Stadt Graz parteipolitische Meinungen des ÖVP-Stadtparteiobmannes geäußert werden, kann weder in unserem noch im Sinne der Vertreter aller anderen Gemeinderatsparteien sein.

Nachdem zu erwarten ist, dass solche Videos gerade im Hinblick auf die kommende Gemeinderatswahl zur Regelmäßigkeit werden, möchten wir schon jetzt ein gemeinsames Regelwerk erarbeiten, dass Rücksicht auf alle demokratisch legitimierten Kräfte im Gemeinderat und im Stadtsenat nimmt. Videos, die politische Meinungen oder Äußerungen zum Inhalt haben, sollten

unserer Ansicht nach auf eigene Kosten erstellt und auf Homepages der Parteien veröffentlicht werden. Videos, die den Wirkungsbereich eines Stadtsenatsreferenten betreffen, sollen dafür klare Vorgaben haben, damit alle Regierungsmitglieder gleichberechtigt behandelt werden. So könnte Vizebürgermeisterin Martina Schröck über Sozialleistungen, Stadträtin Lisa Rücker über Umweltinitiativen, Stadträtin Elke Kahr über Fortschritte bei Gemeindewohnungen oder Stadtrat Mario Eustacchio über Verkehrsprojekte Auskunft erteilen, nicht aber über politische Meinungsverschiedenheiten, wie das in besagtem Video von Ihnen der Fall war.

Nachdem sich in der Grazer Stadtregierung insgesamt sieben Personen aus fünf verschiedenen Parteien befinden, sollten wir im Sinne der demokratischen Verhältnisse darauf achten, dass auch sämtliche gewählte Verantwortungsträger ihre Leistungen und Inhalte gleichermaßen präsentieren können bzw. sollten wir im Sinne der Minderheitenrechte auch nicht auf die Partei der Piraten vergessen. Zum Beispiel könnte man bei einstimmigen Gemeinderatsbeschlüssen Vertreter aller Gemeinderatsparteien in einem Video erscheinen und zum Beschluss sprechen lassen. Jedenfalls soll die Optik einer Bevorzugung vermieden werden.

Aus diesem Grund ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, ein Regelwerk zu erarbeiten, das allen Stadtsenatsreferenten ohne Unterscheidung ihrer Zuständigkeit oder des politischen Couleurs die Möglichkeit einräumt, ein Video pro Monat auf die Homepage der Stadt und die Seite Facebook zu stellen.**
- 2. In einem weiteren Schritt werden die zuständigen Stellen ersucht, in diesem Regelwerk festzuhalten, dass sich Aussagen des jeweiligen Referenten in den Videos ausschließlich auf den jeweiligen Wirkungsbereich des Stadtsenatsreferenten beziehen dürfen und Videos der Stadt Graz nicht für parteipolitische Zwecke oder für Angriffe auf bzw. für Kritik an anderen Politikern (seien Sie aus Europa, dem Bund, dem Land oder der Stadt) verwendet werden dürfen. Videos mit politischen Aussagen sollen ausschließlich über die Parteizentralen veröffentlicht werden.**
- 3. Pro Gemeinderatssitzung soll ebenfalls ein Video erstellt werden, in dessen Rahmen Aussagen von Vertretern aller Gemeinderatsfraktionen, also auch jener Fraktionen, die kein Stadtsenatsmitglied stellen, vorkommen sollen. Einstimmige Beschlüsse würden sich hier besonders eignen.**